

Trotz des Regens viel los beim Remstallauf in Winterbach

Seite D 7

WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.waiblinger-kreiszeitung.de

Lesekomfort ohne Ende auf allen Kanälen



Zeitungsverlag Waiblingen E 7013

Montag, 18. April 2016

178. Jahrgang Nr. 89 1,70 Euro

Waiblingen

Johann Lafer, der Zauberer am Grill

Der TV-Koch zeigt Grillkunst vom Feinsten bei Gartenplaner Kupka

Seite B 1

Kernen

Bädlesverein küsst sein Freibad wach

Aufräumarbeiten beginnen – bei gutem Wetter Öffnung am 1. Mai

Seite B 4

Rems-Murr

Achtung: Tempo 60 beim Leutenbacher B-14-Tunnel

Nach Unfall sind die Sicherheitseinrichtungen defekt

Seite C 1

Rems-Murr

SPD-Krisensitzung: Nils Schmid wird nicht mehr kandidieren

Große Aussprache bei der Fellbacher Kreismitgliederversammlung. Die SPD fragte sich „Was jetzt?“ und versuchte, den Denktzettel der Landtagswahl zu entziffern. Klar wurde, die AfD habe der SPD den Rang einer Arbeiterpartei streitig gemacht, das Soziale sei aus der Parteipolitik verschwunden und die schwarze Null tue der Politik nicht gut. Nils Schmid, Gast bei der Mitgliederversammlung, Superminister und „super Minister“, erklärte, er werde nicht noch einmal kandidieren.

Seite C 1



Fröhlich sieht anders aus: Jürgen Hestler, Nils Schmid und Christian Lange (von links nach rechts) auf der Kreismitgliederversammlung der SPD am Freitag in Fellbach. Bild: Schlegel

Wir sind für Sie da

AboService (071 51) 566 - 444 aboservice@zvw.de

Anzeigen (071 51) 566 - 411 anzeigen@zvw.de

Redaktion
Lokal (071 51) 566 - 576 waiblingen@zvw.de
Kreis (071 51) 566 - 275 kreis@zvw.de
Sport (071 51) 566 - 262 sport@zvw.de

Wetter



Mittags 14°
Nachts 0°

Wechselhaft mit Sonne, Wolken und Schauern

3000 Besucher bei Gesund & Vital in Waiblingen



Die perfekte Matratze, der beste Sport, die gesündesten Kräuter, Massagen, Hörgeräte, Tipps in Sachen Gesundheit, Wohlbefinden, Energie-

auf der ZVW-Messe Gesund & Vital im Bürgerzentrum muss einfach jeder der 3000 Besucher was Spannendes gefunden haben. Und zur Ent-

spannung konnte sich der Mutige auf dem Bungee-Trampolin in die Luft schleudern lassen. Bild: Zürn. Seite C 1

Nur wenige Verfahren wegen Mindestlohnverstößen

Exklusiv Zoll beklagt Personalmangel und zu viel Spielraum für Tricks bei Arbeitszeiten

Hoteliers und Wirte schimpfen über das Mindestlohngesetz. Doch auch der Zoll, der Verstöße aufdecken soll, tut sich schwer: Für ausreichende Kontrollen, klagt die Gewerkschaft, fehlt Personal.

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Die beim Zoll angesiedelte Finanzkontrolle Schwarzarbeit tut sich schwer, die Einhaltung des neuen flächendeckenden Mindestlohns zu überwachen. Im vergangenen Jahr hat es bundesweit nur 705 Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegeben. In der Region Stuttgart sind es nach

Angaben eines Sprechers des Hauptzollamts einige Dutzend gewesen.

Hauptsächlich betroffen sind Taxigewerbe, Gastronomie, Transportwesen, Sonnenstudios und Briefzusteller. Beim Zoll sieht man Schlupflöcher für Arbeitgeber. So müsse nach Kontrollen die Dokumentation erst nach sieben Tagen vorgelegt werden. „Da hat man viel Zeit, sich für Unstimmigkeiten auszusuchen. Das ist unglücklich geregelt“, so ein Einsatzleiter.

Probleme bereitet aber auch die Personalsituation. Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft kritisiert, dass mit der derzeitigen Ausstattung keine ausreichenden Kontrollen möglich seien. „Da wäre entscheidend mehr nötig“, sagte der Bundesvorsitzende Dieter Dewes unserer Zeitung. Zwar seien dem Zoll in den nächsten Jahren 1600 zusätzliche Mitarbeiter für das Thema Mindestlohn versprochen worden, davon sei aber noch kein einziger da. „Die Ersten befinden sich noch in der Ausbildung. Wir bräuchten aber sowieso mindestens 2500 zusätzliche Leute.“

Stattdessen müsse der Zoll derzeit auch noch knapp 500 Kollegen anderen Behörden für Flüchtlingsthemen abstellen. „Wir müssen mit Kriminellen auf Augenhöhe bleiben können“, fordert Dewes.

Scharfe Kritik am Mindestlohngesetz kommt nach wie vor aus der Hotel- und Gaststättenbranche. Für viele Betriebe seien Kosten gestiegen und Erträge gesunken.

Özdemir will 2017 Spitzenkandidat der Grünen werden

BERLIN (StN). Robert Habeck, Anton Hofreiter und jetzt Cem Özdemir – das Bewerberkarussell um die Spitzenkandidatur bei den Grünen für die Bundestagswahl 2017 nimmt Fahrt auf. Parteichef Özdemir hatte sich am Wochenende offiziell beworben. Zuvor hatten der Kieler Vize-Ministerpräsident Habeck und Bundestagsfraktionschef Hofreiter ihre Kandidatur angekündigt. Damit gibt es nun drei offizielle Bewerber für den Posten des männlichen Spitzenkandidaten. Um den Posten der weiblichen Spitzenkandidatin bewirbt sich bisher nur Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. Zum zweiten Mal nach 2012 werden die rund 60 000 Grünen-Mitglieder per Urwahl bestimmen können, welches Duo sie in die Wahl 2017 führen wird.

► **Kommentar**
► **Seite 2**

Bitte fächeln!

In Venezuela hat Präsident Nicolas Maduro die Frauen aufgefordert, ihre Haare nur noch zu besonderen Anlässen zu föhnen. In dem südamerikanischen Land, das seinen Strom überwiegend aus Wasserkraft gewinnt, herrscht derzeit nämlich eine extreme Dürre. Um Strom zu sparen, sollten sich Venezuelas Frauen also besser Luft zufächeln – oder ihren Kopf aus einem fahrenden Auto halten. Kämme in Deutschland jemand auf so eine Idee? Man munkelt von einer Untersuchung glatzköpfiger Energieexperten: Demnach könnten hierzu lande sofort mehrere Atomkraftwerke vom Netz genommen werden, wenn sich die Frauen nicht mehr so viel und so ausgiebig föhnen würden. Aber vielleicht ist die Untersuchung frisiert. (rai)

Land sucht jüngere Entscheider als Kunstförderer

STUTTGART (nbf). Das Land Baden-Württemberg will jüngere Entscheider aus Wirtschaft und Industrie verstärkt für die private Kunstförderung begeistern. „Wir müssen die nächste Generation für dieses dringend notwendige Engagement gewinnen“, sagt Jürgen Walter (Grüne), Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, unserer Zeitung.

Rasant steigende Preise auf dem internationalen Kunstmarkt machten den Schulterchluss öffentlichen und privaten Kunstengagements für die öffentlichen Museen „zwingend notwendig“.

Eine entsprechende Initiative, 2015 unter dem Titel „Funkenflug“ gestartet, soll fortgesetzt werden. „Wir werden“, so Walter, „diesen Ball wieder aufnehmen.“

► **Leitartikel Seite 2**

S-21-Erfinder rät zu zweiter S-Bahn-Strecke

Heimerl hält Gäubahnstrecke für unverzichtbar

VON JOSEF SCHUNDER

STUTTGART. Gerhard Heimerl, emeritierter Professor der Universität Stuttgart, plädiert für den Erhalt der Gäubahnstrecke als zweiter Verbindung für die S-Bahn neben der stark ausgelasteten Stammstrecke durch die Innenstadt.

Gegenüber unserer Zeitung fordert er zudem bei Wendlingen (Kreis Esslingen) den Bau einer zweigleisigen kreuzungsfreien Kurve, die Regionalzügen künftig die Fahrt aus Richtung Tübingen/Reutlingen zum Flughafen und zum Stuttgarter Hauptbahnhof ermöglicht.

In diesem Sinn hat sich auch Klaus Amler geäußert, ein Grünen-Mitglied und S-21-Gegner der ersten Stunde. Auch er will einige oberirdische Gleise im Kopfbahnhof für S-Bahn- und Regionalzüge erhalten.

Zu diesem Kombibahnhof-Konzept warnt Heimerl Distanz, obwohl er 1988 ursprünglich selbst eine Kombilösung empfohlen hatte. Bauliche Ergänzungen hält er jedoch im Norden des Bahnhofs für nötig.

Kommentar

Höchste Zeit

Cem Özdemir will den Schwung der Südwest-Grünen nutzen

VON ARNOLD RIEGER

Dass Cem Özdemir nun seinen Hut für die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl in den Ring wirft, ist logisch, folgerichtig – und höchste Zeit. Seit fast acht Jahren steht der „anatomische Schwabe“, wie er sich selbst nennt, an der Spitze der Bundes-Grünen und prägt damit maßgeblich ihren Kurs mit. Will er nicht als Prinz Charles in die Parteiannealen eingehen, muss er diesen Führungsanspruch endlich auch für die wichtigste Wahl in Deutschland anmelden. Ansonsten würde der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete unglauwbildig und als Parteichef eine „lahme Ente“.

Dass Özdemir springt, hat aber vor allem mit den aktuellen Umständen zu tun. Während die Grünen im Bund noch immer vergeblich auf das Ende der Depression warten, in die der Wähler sie 2013 gestürzt hat, zeigt die Partei im Südwesten gerade, wozu sie fähig ist – vorausgesetzt, sie hat konsequent die bürgerliche Mitte im Blick und dazu den passenden Kandidaten. Das beflügelt. Özdemir ist zwar kein zweiter Winfried Kretschmann, aber die pragmatische Überzeugungen sind vergleichbar. Wäre er Spitzenkandidat, würde er die Grünen wohl noch kompatibler mit der CDU machen – als Alternative zu deren bisherigem Koalitionspartner SPD.

Eine ganz andere Frage ist freilich, ob seine Partei da mitspielt. Zwar zollt auch die Parteilinke den Baden-Württembergern viel Lob für deren Wahlerfolg. Doch ganz gehuer ist vielen dieser Weg nicht – auch jenseits der umstrittenen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik. Zumindest werden die Grünen bei der Urwahl darauf achten, die geplante Doppelspitze auch mit Blick auf die politischen Inhalte paritätisch zu besetzen. Bleibt es dabei, dass als Kandidatin allein Katrin Göring-Eckardt antritt, die dem Realo-Flügel zugeordnet wird, könnte es für den Realo Özdemir eng werden.

arnold.rieger@stzn.de

Muslimen geben AfD Kontra

Zentralrat: Islam und Demokratie passen – Parteivize von Storch: Unvereinbar mit dem Grundgesetz – Wer darf Landtagsvize stellen?

BERLIN/STUTTGART (dpa/rop). Der Zentralrat der Muslimen in Deutschland hat Politikern der rechtspopulistischen AfD widersprochen und die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie betont. „Der Islam beinhaltet die Grundprinzipien des Christen- und des Judentums und ist mit dem Grundgesetz genauso vereinbar wie diese Religionen“, sagte Nurhan Soykan, Sprecherin des Zentralrats, in Köln am Sonntag.

Sie reagierte damit auf Äußerungen führender AfD-Politiker, die den Islam als un-

vereinbar mit einer freiheitlichen Grundordnung bezeichnet hatten. Der Islam gehöre nicht zu Deutschland, sagte AfD-Vize Beatrix von Storch der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Ähnlich äußerte sich Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg und ebenfalls Parteivize. „Der Islam ist keine Religion wie das katholische oder protestantische Christentum, sondern intellektuell immer mit der Übernahme des Staates verbunden.“

Soykan hielt dem entgegen, die AfD betreibe nichts anderes als Populismus, um die Gesellschaft zu spalten. Auf ihrem Parteitag in zwei Wochen in Stuttgart wolle die AfD den Anti-Islam-Kurs in ihrem ersten Parteiprogramm festschreiben, so von Storch. Geplant sei, Symbole des Islams wie Minarette, den Ruf des Muezzins und die Vollverschleierung zu verbieten. Moscheen sollten streng kontrolliert, jedoch wegen des Rechts auf Religionsausübung nicht verboten werden. Der Streit um den richtigen Umgang mit der

AfD im Südwesten hält an: Die Partei erhebt mit der drittstärksten Fraktion Anspruch auf einen Stellvertreterposten des künftigen Landtagspräsidenten – was den anderen Fraktionen nicht so recht schmeckt. Nach den ungeschriebenen Regeln des Parlaments müsse ein Vizeposten mit einem Kandidaten seiner Partei besetzt werden, sagte AfD-Fraktionschef Jörg Meuthen. „Dann wird sich zeigen, ob man uns weiter stigmatisiert oder bei den bisherigen guten Gepflogenheiten bleibt.“

► **Seite 2**

